

Auswertung der Aktion „Perspektiven für Alle“ zur Bundestagswahl 2017

Stand 14.09.2017

1. Ausgangslage- Warum diese Aktion

Das DW Bayern führt bei jeder Bundestagswahl verschiedene Aktivitäten durch.

Dabei handelt es sich meistens um Fachtagungen, Wahlbausteine mit Forderungen und Briefe an Kandidaten der verschiedenen Parteien.

In der Vergangenheit sprachen wir, gemäß der anwaltschaftlichen Rolle, für sozial Benachteiligte.

Mit dieser Aktion sollte der Entwicklung entgegen gewirkt werden, dass sich immer mehr Arme, Langzeitarbeitslose und Einkommensschwache ausgegrenzt fühlen und sich von der Politik abwenden oder extremen Parteien zuwenden.

Ziel der Aktion ist die Teilhabe von Menschen in schwierigen sozialen Lagen, sie zu befähigen für sich zu sprechen. Über die Aktion sollten **sie aktiviert und motiviert werden im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Anliegen den Bundestagkandidatin oder Kandidat in ihrem Wahlkreis zukommen zu lassen**

Die Aktion in Zahlen

Es haben ca. 40 bayerische diakonische Einrichtungen und regionale Stellen des bayerischen kirchlichen Dienstes in die Arbeitswelt in 23 Wahlkreisen teilgenommen.

Bei den diakonischen Einrichtungen handelt es sich um die Beratungsstellen für Arbeitssuchende und Arbeitslose, die Beratungsstellen der kirchlichen allgemeinen Sozialarbeit und die sozialen Beschäftigungsbetriebe.

Je Wahlkreis wurden die Bundestagskandidatinnen und Kandidaten der UNION, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, DIE LINKE, FDP, FREIE WÄHLER und AFD angeschrieben. Entweder direkt oder über Wahlkreisbüros oder Landesgeschäftsstellen.

Insgesamt wurden 161 Bundestagskandidatinnen und Kandidaten angeschrieben.

Davon haben 45 Bundestagskandidatinnen und Kandidaten geantwortet.

9 von der UNION (1 davon ohne inhaltl. Aussagen, nur mit Hinweis auf das Wahlprogramm)

- *Michael Frieser MdB WK Nürnberg Süd – Schwabach*
- *Dr. Gerd Müller Bundesminister WK Oberallgäu*
- *Alexander Hoffmann MdB WK Main Spessart*
- *Dr. Ulrich Volker WK Augsburg*
- *Emmi Zeulner WK Kulmbach*
- *Artur Auerhammer WK Ansbach*
- *Paul Lehrieder WK Würzburg*
- *Dr. Georg Nüßlein MdB WK Neu-Ulm*
- *Andrea Lindholz MdB WK Aschaffenburg*

10 von der SPD

- *Pascal Lechler WK Ostallgäu*
- *Prof. Dr. Werner Widuckel WK München*
- *Johannes Foitzig WK Amberg*
- *Ulrike Bahr MdB WK Augsburg*

- *Martin Burkert MdB WK Nürnberg Süd – Schwabach*
- *Anja König WK Landshut*
- *Bernd Rützel MdB WK Main Spessart*
- *Jörg Nürnberger WK Hof*
- *Karl-Heinz Brunner WK Neu Ulm*
- *Florian Post WK München Nord*

9 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

- *Erna- Katrein Groll WK Oberallgäu*
- *Sascha Müller WK Nürnberg Süd - Schwabach*
- *Dr. Herbert Sirois WK Ansbach*
- *Uwe Kekeritz WK Fürth*
- *Doris Wagner WK München Nord*
- *Yvonne Rösel WK Amberg*
- *Dr. Klaus Schrader WK Hof*
- *Dieter Janecek WK München West Mitte*
- *Niklas Wagner WK Aschaffenburg*

7 von den FREIE WÄHLER

- *Hans Martin Grötsch WK Hof*
- *Marco Meier WK Ansbach*
- *Elke Eder WK Fürth*
- *Susen Knabner WK Ostallgäu*
- *Wolfgang Schrapp WK Neu Ulm*
- *Robert Starosta WK Würzburg*
- *Hugo Wirthensohn WK Oberallgäu*

5 von DIE LINKE

- *Susanne Ferschl WK Ostallgäu*
- *Niklas Haupt WK Fürth*
- *Roland Meier WK Ingolstadt*
- *Andreas Wagner WK Bad Tölz*
- *Xaver Merk WK Oberallgäu*

2 von der FDP

- *Helge Ziegler WK Main Spessart*
- *Richard Böhringer WK Neu Ulm*

2 von der AFD (einer davon ohne inhaltlichen Aussagen)

- *Gottfried Walter WK Main Spessart*
- *Andreas Kropp WK Aschaffenburg*

1 von der ÖDP

- *Bernhard Schmitt WK Aschaffenburg*

2. Erfahrungen zu Reaktionen und Motivation der angesprochenen Personen

Es wurden hauptsächlich Menschen angesprochen die unsere Beratungsstellen aufsuchen. Dies sind Arbeitslose, Sozialleistungsempfänger sowie Teilnehmer von Arbeitsmarktmaßnahmen und Kundinnen und Kunden von Gebrauchtgüterhäusern und Tafeln. In der Regel brauchte es viel Überzeugungsarbeit, damit die Betroffenen an der Aktion teilnehmen. Sie fanden die Aktion grundsätzlich gut, hatten aber bezüglich des tatsächlichen Nutzens Bedenken. Viele hatten Angst ihren Namen und Adresse anzugeben. Bei den Gesprächen gaben viele an, sie gehen nicht wählen, weil sie frustriert seien und die Hoffnung aufgegeben haben, die Politik interessiere sich auch für ihr Anliegen.

Die Teilnahme war sehr unterschiedlich. In manchen Regionen waren es bis zu 200 Personen.

Bei anderen nur einigen wenige. Zwei Einrichtungen haben mangels Interesse der Angesprochenen, die Teilnahme an der Aktion abgebrochen.

3. Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Forderungen der Betroffenen, wie auf der Karte vermerkt.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen ist auf der Excel Tabelle- siehe Anhang.

Zusätzlich zu den Themen und Fragen auf der Karte, wurden folgende Themen angesprochen:

- Behandlung im Jobcenter (an die Grünen)
- persönliche Einladung zu einem Kabarettabend (Eintritt frei) in Hof
- Menschlichkeit für die Bevölkerung (an die Grünen)
- Gleichheit vor dem Gesetz
- Rente für Menschen mit Behinderung
- Erwerbsminderungsrente
- Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- Frieden
- Medikamentenkosten
- Kinderbetreuung
- Mehr Unterstützung für Alleinerziehende (Frauen)
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Erhalt unserer Kultur
- Psychische Krankheiten
- mehr Miteinander
- Wohnung für Behinderte
- Rente für Menschen mit Behinderung
- Kurdistan
- Arbeitslosigkeit von Neubürgern - trotz Qualifizierung
- bessere Kinderbetreuung
- höhere Löhne
- Familienzusammenführung
- mehr Personal für Pflege
- soziale Gerechtigkeit
- mehr Unterstützung für Familien, Menschlichkeit für das Volk, weniger Geld für Flüchtlinge, dafür Altersarmutsbekämpfung
- das Einkommen muss zum Leben reichen

4. Eine Bewertung

Die Aktion kann aus drei Perspektiven gewertet werden.

1. Die Mobilisierung der Einrichtungen vor Ort.

Eine fachübergreifende Zusammenarbeit vor Ort auf der Grundlage eines gemeinsamen Themas ist als positiv und gelungen zu betrachten. Es zeigt, dass Landesgeschäftsstelle und Einrichtungen vor Ort gemeinsame Themen identifizieren und in die Fläche transportieren können. Voraussetzung dafür ist die rechtzeitige Einbeziehung der Einrichtungen und eine längerfristige Planung.

Auf jeden Fall sollte das Ergebnis noch vor der Wahl in die Öffentlichkeit getragen werden. Immerhin waren 161 Kandidaten einbezogen. Zudem sollten die Armutsfragen im Endspurt des Wahlkampfes noch einmal auf den Tisch gelegt werden. Des Weiteren

könnte eine Veröffentlichung vor dem Wahltag unsere Zielgruppe motivieren, doch zur Wahl zu gehen.

2. Umsetzung des Konzeptes der „Befähigung“ Betroffene einbeziehen.

In der alltäglichen Beratungspraxis und Hilfsangebote der Einrichtungen vor Ort, fließen viele Aspekte der „Befähigung“ ein, die zu mehr Handlungsfähigkeit von Hilfesuchenden beitragen.

Zum Thema demokratische Teilhabe war es der erste Versuch sozial Benachteiligte, die sich erwiesenermaßen aus Frust und Enttäuschung von der Politik abwenden, gezielt zu mehr Teilhabe an demokratischen Prozessen zu bewegen. Aus Rückmeldungen der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen ist ersichtlich geworden, dass dafür viel Überzeugungsarbeit von ihnen abverlangt worden ist.

Dies kann als Hinweis gewertet werden, dass sich sozial Benachteiligte tatsächlich von demokratischen Prozessen, wie der Teilnahme an Wahlen abwenden, wenn diese nicht als hilfreich für ihre Lebenssituation empfunden werden.

Es hat sich auch gezeigt, dass es einer vertrauenswürdigen Institution bedarf, die diesen Menschen eine „Brücke“ baut, hin zu mehr gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe. Die Menschen haben gespürt, dass die Aktion für keine der Parteien „Partei ergreift“ sondern nur für ihre Anliegen.

Der neue Weg in der anwaltschaftlichen Diakonie sollte beibehalten und ausgebaut werden. Politiker müssen spüren, dass sie an unserer Zielgruppe nicht mehr vorbeikommen. Erst dann wird die Aktivierung zu einem durchgreifenden Erfolg.

3. Resonanz und Reaktion der Politik auf die Aktion.

Bereits im Vorfeld der Aktion haben die angeschriebenen Landeszentralen der 7 wichtigsten Parteien positiv reagiert und waren hilfsbereit bei der Adressermittlung der Bundestagkandidatinnen und Kandidaten. Bei den Kandidatinnen und Kandidaten, wo keine Adressen mitgeteilt werden konnten, wurde dennoch das Ankündigungsschreiben zur Aktion, sowie die unterschriebenen Karten weitergeleitet.

In allen Rückmeldungen der Bundestagkandidatinnen und Kandidaten wurde die Aktion begrüßt.

In einigen Schreiben wurde sehr viel Verständnis für die Betroffenen zum Ausdruck gebracht.

Manche der Kandidatinnen und Kandidaten haben persönlich den Kartenabsendern geantwortet.

Manche auch ein persönliches Gespräch, telefonisch oder im Abgeordnetenbüro, angeboten.

Auch bei den teilnehmenden Einrichtungen haben manche Kandidatinnen und Kandidaten die Einrichtungen besucht oder angeboten weiter im Gespräch zu bleiben.

Auch wenn nicht von allen dieses Angebot gekommen ist, haben sich dennoch Kontakte vor Ort entwickelt, die vor allem nach der Wahl eine wichtige Adresse bleiben für weitere Gespräche.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass über das Ziel der Aktivierung der Betroffenen auch eine Aktivierung der Politiker eingeleitet wurde. Mich überrascht positiv, wie viele Politiker trotz alledem reagierten. Erste Ansätze des Dialogs zwischen Abgeordneten und Betroffenen sollten wir als positive Impulse aufgreifen und in geeigneten Formen auch außerhalb des Wahlkampfes fortsetzen.

Insgesamt habe ich den Eindruck, dass wir mit dem Bau einer Brücke zwischen Betroffenen und Politik begonnen haben.

Efthymia Tsakiri